

DIE LINKE. Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

Wulf Gallert

- Es gilt das gesprochene Wort -

Rede zum Landesparteitag am 23. Oktober 2010

Liebe GenossInnen, liebe Gäste unseres Parteitages,

unser heutiger Parteitag hat die Aufgabe, ein inhaltliches Angebot unserer Partei an den Wähler in Sachsen-Anhalt für den 20. März 2011 zu unterbreiten, das die Voraussetzung für einen Sieg bei dieser Landtagswahl darstellt. Um nicht mehr und um nicht weniger geht es hier heute. Natürlich wissen wir, dass dieses Wahlprogramm allein die Wahl nicht entscheiden wird, aber es bildet die Grundlage für unser personelles Angebot an die Wählerinnen und Wähler am 20. März 2011, und vor allem bildet es die Grundlage für unseren Wahlkampf.

Lasst mich aus meiner Sicht noch einmal darstellen, welche Anforderungen dieses Programm erfüllen muss:

1. Dieses Programm muss unsere Vorstellung von einem politischen Richtungswechsel in Sachsen-Anhalt zum Ausdruck bringen, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, hin zu einer Perspektive für alle Menschen in diesem Land, hin zur Sicherung von Zukunftsfähigkeit auch beim Umgang mit den natürlichen Ressourcen Sachsens-Anhalts.
2. Dieses Programm muss klar zum Ausdruck bringen, dass wir sehr genau wissen, welche Chancen und Potenziale Sachsen-Anhalt hat, dass wir aber auch sehr genau wissen, welche Probleme es hier gibt und welche Probleme die Menschen in diesem Land täglich erleben. Dieses Wahlprogramm muss zum Ausdruck bringen, dass wir mit beiden Beinen fest auf dem Boden stehen und die Realität genau kennen, die wir verändern wollen.

3. Dieses Wahlprogramm muss auch unsere Kompetenzen, die Entwicklung hier in Sachsen-Anhalt in die Hand nehmen zu können, unter Beweis stellen. Wenn die Menschen sich mit diesem Wahlprogramm beschäftigt haben, müssen sie den Eindruck gewinnen, dass wir nicht nur vernünftige Dinge wollen, sondern auch in der Lage sind, diese verantwortungsbewusst und professionell umzusetzen.

Es ist meine feste Überzeugung, dass diese drei Dinge zusammengehören und keine Gegensätze bilden. Denn wirkliche Veränderungen können wir nur erreichen, wenn wir Mehrheiten von unserer Glaubwürdigkeit bei unseren Zielen aber auch bei unseren Fähigkeiten überzeugen können. Und an der Stelle müssen wir uns bewusst sein, dass die Menschen gerade hier in Sachsen-Anhalt besonders genau hinschauen, was ihnen Politiker erzählen. Zu häufig waren sie mit Versprechungen und Einschätzungen konfrontiert, die mit ihrer Lebensrealität nichts zu schaffen hatten.

Die blühenden Landschaften des Helmut Kohl erlebten viele Beschäftigte der großen Chemie- und Maschinenbaukombinate in den 90er Jahren auf dem Arbeitsamt. Zu viele Menschen haben in den letzten 20 Jahren das Vertrauen in ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten hier im Land verloren und sind abgewandert. Und auch heute sieht die Situation trotz permanenter Erfolgsmeldungen der Landesregierung nicht wirklich anders aus.

Dazu will ich kurz ein Beispiel geben: Da lesen wir z. B. im Wahlprogramm der selbsternannten Sachsen-Anhalt-Partei CDU Folgendes: „Die CDU Sachsen-Anhalts hat bewiesen, dass sie für Stabilität, Kompetenz und für Tatkraft steht. Wir werben um Ihre Stimme, weil Sie damit sicherstellen, dass der eingeschlagene Weg des Erfolges, der Sachsen-Anhalt von dem Image der grauen Maus mit der roten Laterne befreit und es zu einem der dynamischsten Bundesländer Deutschlands gemacht hat, fortgesetzt wird.“ Dies ist die Einschätzung, die unsere politische Hauptgegnerin, die CDU, von ihrer eigenen Tätigkeit seit 2002 gibt. Solche Stellen findet man in ihrem Wahlprogramm reihenweise. Nach deren Wahrnehmung war das Land im Jahr 2002 im tiefsten Keller und ist heute drei Tage vor Einführung des Paradieses. Und, liebe Genossinnen und Genossen, ich befürchte, die schreiben das nicht nur, die glauben das auch noch selbst.

Wir aber stehen mit beiden Beinen fest auf dem Boden, wir wissen, wie es wirklich aussieht in unserem Land, wir kennen die Sorge und Ängste der Menschen und sind nicht auf dubiose Rankings von arbeitgebernahen Stiftungen angewiesen.

Natürlich wissen wir, dass viele Menschen in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren - oft unter schwierigen Bedingungen - viel geleistet haben, dass es gelungen ist, Arbeitsplätze zu erhalten und auch neue aufzubauen, weil hoch qualifizierte und einsatzbereite Mitarbeiter diesen Erfolg erarbeitet haben und auch, weil sich verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land engagiert haben und Entwicklung ermöglichen. Wir wissen aber genauso, dass Menschen in diesem Land hart arbeiten und trotzdem am Existenzminimum leben, weil die Rahmenbedingungen hier nicht stimmen und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden. Wir wissen, dass viele Menschen in diesem Land gern arbeiten wollen, sie aber keine Chance dazu erhalten und dann durch Hartz IV und andere gesetzliche Bestimmungen diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Ja, die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt hat sich seit 2002 verringert. Aber glauben wir denn wirklich, dass dies Ergebnis einer besonders erfolgreichen CDU ist?

Nein, die Arbeitslosenzahlen haben sich vor allem deshalb verringert, weil immer mehr Menschen aus der Statistik herausfallen, weil im Osten insgesamt sehr viel mehr Menschen in Rente gehen als in den Arbeitsmarkt hinein kommen und weil Sachsen-Anhalt noch immer die höchste Abwanderungsrate in der gesamten Bundesrepublik hat. Und auf einmal sieht die Situation ganz anders aus.

Seit 2002 haben die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nicht etwa zugenommen, wie man glauben könnte, nein, sie haben um mehr als vier Prozent abgenommen.

Damit liegt Sachsen-Anhalt zusammen mit Thüringen bei dieser negativen Entwicklung ganz vorn. Im ostdeutschen Durchschnitt war es z. B. nur ein Rückgang von 2,6 Prozent. Schaut man sich dann noch an, wie sich die Vollzeitarbeitsplätze unter diesen sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnissen entwickelt haben, sieht es für Sachsen-Anhalt gleich ganz trübe aus. Deren Anteil ist seit 2002 von 87 Prozent auf 80 Prozent zurückgegangen. Damit hat Sachsen-Anhalt den größten Verlust von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs unter den ostdeutschen Bundesländern unter der Regierung der CDU zu verkräften.

Aber damit nicht genug. Unter der Regierungsverantwortung der CDU entwickelte sich Sachsen-Anhalt seit 2008 zum Dumpinglohn-Land Nummer eins. Wir liegen hier klar unter dem ohnehin schon schwachen ostdeutschen Durchschnitt. Bei den Löhnen hat Sachsen-Anhalt die rote Laterne. Es kann ja sein, dass wirtschaftsnahe Institute das als eine besonders erfolgreiche Entwicklung betrachten, weil Niedriglöhne ja angeblich den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt so attraktiv machen.

Ich sage aber ganz klar, für uns ist das kein Erfolg. Für uns ist das ein Skandal, wenn Menschen hier aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen herausgedrängt und gezwungen werden, in niedrig entlohnten Teilzeitjobs ihren Lebensunterhalt zu verdienen und dann vielleicht auch noch einen Teil ihres Existenzminimums beim Jobcenter abholen zu müssen. In keinem Land der Bundesrepublik ist diese Entwicklung so radikal vollzogen worden wie in Sachsen-Anhalt.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist die wirkliche Bilanz der CDU-geführten Landesregierung mit ihrem Wirtschaftsminister Rainer Haseloff. Das ist die Politik, die die CDU fortsetzen will und das ist die Politik, die wir ändern wollen und ändern müssen. Und das ist die Frage, die am 20. März 2011 entschieden wird. Ungeschützte Teilzeitjobs oder eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit, für sichere und gute Arbeitsverhältnisse, das ist die politische Alternative zwischen CDU und der LINKEN.

Natürlich wissen wir, dass viele Dinge, die damit im Zusammenhang stehen, nicht von heute auf morgen und nicht allein von einer Landesregierung verändert werden können. Aber eines steht doch wohl schon fest: Die CDU will diese Situation ja überhaupt nicht ändern, sie erkennt ja nicht einmal an, dass diese Entwicklung für

die Gesellschaft und die Betroffenen ein Problem ist. Wir aber kennen das Problem und wir werden es angehen.

Nun höre ich nicht selten die Meinung, dass man im Bereich der privaten Wirtschaft als Landespolitik ohnehin nur einen geringen Einfluss hat und wir an dieser Situation auch wenig ändern können. Und ich meine durchaus, da ist zum Teil auch etwas dran. Z. B. ist es so, dass sich das Bruttoinlandsprodukt, gemessen an der Bevölkerung, und die Arbeitsproduktivität seit 2002 in Sachsen-Anhalt genauso entwickelt haben wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern, egal, wer wo regiert hat. Unter den ostdeutschen Bundesländern lagen wir bei der Arbeitsproduktivität schon 2002 knapp auf dem zweiten Platz und wir tun es heute genauso. Das konnten selbst CDU-geführte Landesregierungen nicht verhindern. Anders aber sieht es bei den Arbeitsverhältnissen und beim Einkommen der Beschäftigten aus. Da wirkten sich die letzten beiden Landesregierungen besonders negativ aus.

Das ist Folge einer ausgeprägten Niedriglohnstrategie, bei der die Landesregierung den Niedriglohn als zentrales Argument für Unternehmensansiedlungen verwendet hat, aber nicht nur das.

Wir hatten hier 2002 zusammen mit der SPD ein Vergabegesetz durchgesetzt, nach dem nur derjenige öffentliche Aufträge erhalten darf, der tarifgebunden bezahlt. Die CDU hat dieses Gesetz aufgehoben und natürlich bis heute verhindert, dass es wieder eingeführt wird. Und eines dürfte doch wohl allen klar sein: Sie wird es auch künftig verhindern, wenn sie an der Regierung die Chance dazu hat.

Darüber hinaus hat die CDU verhindert, dass der Einsatz von Wirtschaftsfördermitteln, mit einer kleinen Ausnahme im Bereich der Call-Center, eine Tarifbindung der damit finanzierten Arbeitsplätze voraussetzt. Das bedeutet, dass in diesem Land Arbeitsplätze mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, die gleichzeitig so gering entlohnt sind, dass die Mitarbeiter noch zusätzlich Lebensunterhalt vom Jobcenter beziehen müssen. Diese Politik der CDU führt ganz klar genau zu den Niedriglöhnen, die uns diese Probleme bereiten. Und an der Stelle kann Landespolitik etwas ändern, sowohl mit einem europarechtskonformen Vergabegesetz als auch mit einer Tarifbindung von Wirtschaftsfördermitteln.

Lasst mich in diesem Zusammenhang gleich noch auf das Thema gesetzliche Mindestlöhne eingehen. Ja, zu aller erst müssen wir festhalten, dass wir gesetzliche Mindestlöhne auch als Landesregierung hier in Sachsen-Anhalt nicht einführen können.

Und trotzdem wird auch dies ein entscheidendes Thema in diesem Wahlkampf sein, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen müssen wir an dieser wie auch an anderen Stellen, wenn es z. B. um Hartz IV, um die gesetzliche Rente oder um die Gesundheitspolitik geht, darauf verweisen, dass mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt auch ein wichtiges bundespolitisches Signal für einen gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene ausgesendet wird. Wenn es uns tatsächlich gelingt, diese Landtagswahl zu gewinnen und die CDU von Platz 1 zu verdrängen, ist dies bundesweit ein wichtiges Signal für gesetzliche Mindestlöhne gegen Hartz IV, für eine sozial gerechte Rentenregelung und gegen die Drei-Klassen-Medizin. Dies, und das lasst mich auch kurz sagen, liebe GenossInnen, auch deshalb, weil ein solcher Sieg in Sachsen-Anhalt natürlich auch ein wichtiges Vorzeichen für die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bedeutet. Darüber hinaus werden all diese bundespolitischen Themen wie der gesetzliche Mindestlohn natürlich auch im Bundesrat thematisiert, und deshalb ist eine von der LINKEN geführten Regierung auch extrem wichtig, das verschiebt die bundespolitischen Verhältnisse ein Stück weit nach links.

Aber wir können aber die Dumpinglöhne auch landespolitisch bekämpfen. Zum einen hilft dort das bereits erwähnte Vergabegesetz, bei dem es auch möglich ist, für die Bereiche, in denen keine Tarife gelten oder wenn diese extrem niedrig sind, eine Untergrenze von 8,50 € festzulegen. Gleiches gilt für den Bereich der Fördermittelvergabe bzw. für den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Nun gab es ja an verschiedenen Stellen auch schon Diskussionen darüber, ob wir statt der 8,50 € hier nicht unsere Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn von 10 € einsetzen müssten.

Ich sage hier erneut ganz eindeutig: Wir unterstützen ausdrücklich die Forderung aus dem Bundeswahlprogramm, bis zum Ende der Legislaturperiode im Bundestag bundesweit einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 € einzuführen. Aber wir müssen den Realitäten ins Auge schauen. Zum einen reden wir hier über 2011, zum

anderen ist eine Insellösung für Sachsen-Anhalt nicht so einfach umzusetzen, wenn die Nachbarbundesländer nicht wenigstens annähernd mitziehen.

Drittens aber, und das wird unser größtes Problem sein, werden die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik durch Schwarz-Gelb gerade rigoros zusammengestrichen. Insofern wird es extrem schwierig, Stundenlöhne in diesem Bereich in Höhe von 10 € zu finanzieren, es sei denn, wir reduzieren in diesem Bereich drastisch die vorgesehene Zahl von Stellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte Euch auch an dieser Stelle, das Signal auszusenden, dass wir mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Realität stehen und auch die schwierigen Rahmenbedingungen hier in Sachsen-Anhalt kennen und berücksichtigen.

In diesem ganzen Komplex wurden wir aber in den letzten Tagen Zeugen einer eigenartigen Entwicklung. Im Zusammenhang mit dem Fachkräftepakt in Sachsen-Anhalt entdeckt nun nach mehr als acht Jahren Regierungstätigkeit der Wirtschaftsminister dieses Landes den Zusammenhang zwischen Fachkräftemangel und schlechter Bezahlung in Sachsen-Anhalt. Nach acht Jahren konsequenter Niedriglohnstrategie jetzt also kurz vor der Wahl die Begeisterung für Flächentarifverträge und gute Arbeitsbedingungen.

Nun sprechen wir ganz bestimmt niemandem ab, dass man aus Misserfolgen lernen kann und seine Politik deswegen ändert.

Aber erstens sind wir der Meinung, diese Änderungen sollte sich die Kollegen der CDU in der Opposition überlegen und außerdem wissen wir, dass solche Bekenntnisse zwar in Sonntagsreden vorkommen aber mit der realen Politik der CDU-geführten Landesregierung nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Was tut denn der Kollege Haseloff wirklich, um eine vernünftige Entlohnung hier in Sachsen-Anhalt zu erreichen? Wie gesagt, hier gibt es zwar eine verhältnismäßig hohe Arbeitsproduktivität im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer, aber wir sind das Land mit den niedrigsten Löhnen. Setzt sich Herr Haseloff für gesetzliche Mindestlöhne ein? Nein, das tut er nicht.

Er verweist darauf, dass die Tarifpartner sich ja auf vernünftige Löhne einigen können, aber er weiß ganz genau, dass etwa im Dienstleistungsbereich die

Tarifpartner oftmals so schwach sind, dass kaum ein vernünftiger Tarifvertrag ausgehandelt werden kann und die meisten davon ohnehin nicht betroffen sind. Wer also unter diesen Bedingungen - wie die Kollegen der CDU - behauptet, dass vernünftige Löhne nur durch die Tarifpartner ausgehandelt werden können, der sagt ganz klar, dass er die Dumpinglöhne weiter beibehalten will. Da wäre es aber auch ehrlicher, dies wenigstens offen zuzugeben und nicht von gerechter Entlohnung zu reden. Genauso sieht es in den Bereichen der Förderung von Tarifverträgen aus.

Wer die Tarifpartner wirklich stärken will, kann das als Politiker machen, z. B. mit einem Vergabegesetz, z. B. mit der Bildung von Fördermitteln an tarifgebundene Arbeitsplätze. Aber all das lehnt Herr Haseloff ab, und deshalb ist er schlicht unglaublich, wenn er so tut, als würde er sich für gerechte Löhne und den Flächentarifvertrag einsetzen. Wir werden deshalb in der nächsten Landtagssitzung einen Antrag stellen, in dem konkrete politische Maßnahmen enthalten sind, wie man den Kampf gegen Dumpinglöhne und für Tariftreue unterstützen kann.

Dann wird sich zeigen, ob die wohlfeilen Absichtserklärungen der Landesregierung aus diesem Fachkräftepakt mehr wert sind als das Papier, auf dem dieser steht.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir werden uns auf einen harten Wahlkampf einzustellen haben. Die CDU versucht bereits jetzt, die konservativen Wählerinnen und Wähler mit einer Angst-Kampagne gegen DIE LINKE zu mobilisieren. Einen ersten Vorgeschmack hat uns der Kollege Haseloff bereits in einem Interview mit der Volksstimme am 23. September 2010 gegeben. Offensichtlich in Ermangelung von entsprechenden Beispielen auf der Landesebene bedient sich der CDU-Spitzenkandidat dabei der Bundespartei. Ganz besonders scheint es ihm unser Entwurf für das Parteiprogramm angetan zu haben. Und in diesem Zusammenhang vor allem die Eigentums- und Verstaatlichungsdebatte. Nun sage ich auch hier an dieser Stelle, dass ich den Eindruck habe, dass die Hoffnung, die mit solchen Verstaatlichungen verbunden wäre, in unserer Partei vielfach deutlich überschätzt wird.

Aber das, was der Kollege Haseloff hier macht, ist natürlich etwas ganz anderes. Da sagt er z. B., dass wir zurück zur DDR wollen, weil wir Grund und Boden in Gemeineigentum überführen wollen. Nun kenne ich auch nicht jeden Satz aus unserem Programmentwurf auswendig, insofern habe ich einmal nachgeschaut,

was da zu Grund und Boden gesagt wird. Und da gibt es genau einen Satz und der lautet wie folgt: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden.“

Da haben wir also den Beweis für unsere sozialistische Verstaatlichungspolitik, nach dem wir den Leuten ihr Grundstück mit dem darauf stehenden Haus enteignen werden.

Allerdings sollte der aufmerksame Staatsbürger hier aufhorchen, weil dieser Satz im Partei-Programm-Entwurf ein etwas verkürztes Zitat ist, und eigentlich sollte der Kollege Haseloff als guter Staatsbürger und Verteidiger der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dieses Zitat auch kennen. Es stammt nämlich nicht, wie er offensichtlich vermutet, aus der Leninschen Revolutionstheorie, dieser Satz steht im Artikel 15 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Fakt, dass er in unserem Parteiprogramm-Entwurf zitiert wird, löst bei Herrn Haseloff die Ängste aus, dass wir die DDR wieder errichten wollen. Wahrscheinlich wird demnächst irgendein verfassungsschutznahe Politikwissenschaftler beweisen, dass DIE LINKE durch Zitate aus dem Grundgesetz die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik stürzen will.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser ganze Vorgang ist so absurd, dass er kabarettreif ist. Aber wir müssen uns darauf gefasst machen, dass diese Angst-Kampagne vor allem bei Vertretern der Wirtschaft nicht immer so platt daherkommen wird wie in diesem Fall, und es wäre für uns alle wichtig, im Wahlkampf dieser Kampagne keine Nahrung zu geben.

Natürlich wird es neben den Fragen der Arbeitswelt eine Reihe anderer sehr wichtiger Themen geben. Der wichtigste Komplex dabei ist die Herstellung der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen, völlig egal, aus welchen sozialen Verhältnissen sie kommen. Während sich im Bereich der Arbeitswelt der aktuelle Zustand unserer Gesellschaft entscheidet, entscheidet die Frage der Chancengleichheit nicht nur über die aktuelle Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen, sondern über die Perspektive unseres Landes. In Sachsen-Anhalt werden nur noch halb so viele Kinder geboren, wie das für eine stabile Bevölkerungsentwicklung notwendig wäre. Und trotzdem schafft es die Gesellschaft nicht, diese viel zu wenigen Kinder optimal zu fördern.

Rund 30 Prozent dieser Kinder wachsen in Sachsen-Anhalt unter Hartz IV-Bedingungen auf und ein erheblicher Teil weiterer Kinder unter Rahmenbedingungen, die kaum besser sind. Deren Startbedingungen sind gleich mehrfach schlecht. Zum einen fehlen oftmals die notwendigen materiellen Voraussetzungen für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Nutzung von Bildungschancen. Zum anderen sind sie in ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld häufig Zeugen von Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt bzw. den typischen Auswirkungen des Niedriglohnsektors wie Billiglöhne, befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitjobs oder Zeitarbeit. In den Familien überwiegen geringere Bildungsabschlüsse oder mindestens genauso häufig die Entwertung von erlangten Qualifikationen. Diese Lebenserfahrung wird staatlicherseits durch Ausgrenzungs- und Verlufterfahrung entsprechend ergänzt. Das geht in den Kindertagesstätten los mit der Differenzierung bei der Nutzung des Bildungsangebotes auf Grund der Situation der Eltern. Das setzt sich in der Schule fort in einem permanenten Ausleesesystem von Förderschulen, der Trennung zwischen Sekundarschule und Gymnasium sowie zwischen Realschule und Hauptschulunterricht.

Es gibt eine Unmenge von Untersuchungen, die den zentralen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsperspektiven belegen. Heute bestimmt das Bildungs- und Einkommensniveau der Eltern in Sachsen-Anhalt noch stärker als in der gesamten Bundesrepublik die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder. Dies ist Ergebnis von CDU-Politik hier in Sachsen-Anhalt und es ist ein Skandal. Die CDU will hier klar Kontinuität. Wir wollen das verändern. Wir wollen, dass das Kind eines Hartz IV-Empfängers endlich die Chance bekommt, an dieser Gesellschaft teil zu haben. Wir wollen, dass es nicht mehr entscheidend ist, was die Eltern sind, entscheidend muss sein, was ein Kind will und erlernen kann.

Das ist die entscheidende Frage für den 20. März. Und hier entscheidet die Stimme - ob für CDU oder LINKE - über die Perspektive der Kinder und damit auch über die Zukunft der Gesellschaft. Ein „Weiter so!“ darf es nicht geben. Wir stehen für Veränderung.

Wir wissen sehr genau, dass das nicht einfach sein wird. Sicherlich, die Ganztagsbetreuung aller Kinder in den Kindertagesstätten ist weitgehend gesellschaftlicher Konsens. Im Bereich des warmen Mittagessens wissen wir heute,

dass es wenigstens an dieser Stelle sogar auf Bundesebene Bewegung geben könnte, wobei die vollmundigen Ankündigungen der Bundessozialministerin zu entsprechenden Zuschüssen für das Mittagessen für Kinder aus Hartz IV-Familien mit entsprechenden Zahlen aus dem Bundeshaushalt keinesfalls unterlegt sind.

Denn allein dieser Kostenblock würde für alle betroffenen Hartz IV-Kinder etwa 1 Mrd. € kosten, mehr als insgesamt für das so genannte Bildungspaket geplant sind. Deshalb ist es auch richtig, dass wir an unserem Projekt im Landeswahlprogramm festhalten.

Etwas schwieriger werden die Umstrukturierungen im Bereich der Schule umzusetzen sein. Hier wird der Widerstand vor allem der Konservativen und derjenigen, die meinen, ihre Bildungsprivilegien verteidigen zu müssen, erheblich sein. Die CDU hat eine ganz klare Ansage gemacht, im Bildungssystem darf es keinerlei Veränderungen geben, sie will diese Entwicklung ohne jede Perspektive für unser Land fortschreiben. Nach Berechnungen der GEW ist es im abgelaufenen Schuljahr so, dass der Anteil der Kinder, die die Schule mit weniger als einem Realschulabschluss verlassen, erstmals größer ist als der Anteil der Abiturienten. Und das, obwohl Sachsen-Anhalt einen erheblichen Teil seiner Ressourcen für Schule aufwendet.

Unser Bildungskonzept berücksichtigt diese Rahmenbedingungen außerordentlich intelligent. Es verzichtet auf vordergründige Strukturentscheidungen, geht aber trotzdem die entscheidenden Fehlstellen konsequent an. Und doch ist auch hier ein Erfolg noch nicht garantiert. Es ist hier, wie in vielen anderen Bereichen: Der Erfolg einer solchen Reform hängt davon ab, inwieweit es gelingt, die Betroffenen und die Akteure von der Notwendigkeit zu überzeugen, sie zu Mitstreitern und nicht zu Gegnern zu machen, übrigens auch dann, wenn sie unserer Partei nicht nahe stehen.

Lasst mich an dieser Stelle ein Wort zu den Kollegen der SPD sagen. Sie sind in diesem Wahlkampf beides, sowohl Konkurrent als auch potenzieller Koalitionspartner. Ihr Problem besteht tatsächlich darin, dass ihre inhaltlichen Ansagen zum Mindestlohn, zur Chancengleichheit für Kinder und zum längeren gemeinsamen Lernen natürlich große Schnittmengen mit unseren Vorstellungen haben. Ganz deutlich wird das übrigens auch bei ihren Vorstellungen zum öffentlich

geförderten Beschäftigungssektor, wo klar mit der Hartz IV-Logik gebrochen wird. Andererseits schließen sie eine Koalition mit der LINKEN für den Fall aus, dass wir stärker werden und legen sich damit weitgehend auf eine Koalition mit der CDU fest, einer Partei, die in all diesen Fragen eine klare Absage formuliert. Und dann stellt sich die Frage oder besser, wir stellen der SPD die Frage: Nehmt Ihr Eure Wahlkampfziele wirklich ernst? Geht es Euch wirklich um den Kampf gegen Niedriglöhne? Geht es Euch wirklich um ein gemeinsames längeres Lernen? Geht es Euch wirklich um Chancengleichheit für alle Kinder? Wenn Ihr Euer Wahlprogramm also wirklich ernst meint, könnt Ihr keine Koalition mit der LINKEN ausschließen, dann müsst Ihr die Koalition mit der CDU ausschließen. Ansonsten habt Ihr ein gewaltiges Glaubwürdigkeitsproblem, und zwar bei Euren Wählern.

Lasst mich abschließend noch auf einen dritten wichtigen Komplex in diesem Landtagswahlkampf - die Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere des öffentlichen Dienstes - eingehen. Zur regionalen Verteilung der öffentlichen Daseinsvorsorge haben wir bereits vor zwei Jahren ein entsprechendes Konzept vorgelegt, das auch in der nächsten Legislaturperiode unser Leitfaden sein wird. Dort, wo dies nötig ist, werden wir durchaus auch den Landesentwicklungsplan diesbezüglich neu aufrufen. Das betrifft übrigens auch die Verankerung unserer umweltpolitischen Zielstellungen, wie z. B. unsere Ablehnung der CO₂-Einlagerung in der Altmark.

Besonders strittig wurde aber in den letzten Monaten über die Entwicklung des öffentlichen Dienstes des Landes gesprochen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei der öffentlichen Daseinsvorsorge und wissen, dass der öffentliche Dienst deren wichtigster Träger ist. Dass wir trotzdem einen Rückgang im Bereich der Landesbediensteten in der nächsten Legislaturperiode nicht vermeiden können, habe ich Euch auf dem Juni-Parteitag umfangreich begründet. Da ist nicht einmal die katastrophale finanzielle Situation des Landes das zentrale Problem, die Ihr ja alle auch in den Kommunen zu spüren bekommt, sondern der substanzielle Fachkräftemangel auch und gerade im Bereich des öffentlichen Dienstes. Trotzdem bleibt es bei unserer Ansage, dass wir jeden Bewerber in Sachsen-Anhalt mit einer entsprechenden Qualifikation in den Landesdienst übernehmen wollen. Das bedeutet in der nächsten

Legislaturperiode 1.200 Neueinstellungen mehr, als die Landesregierung ursprünglich vorgesehen hatte. Allerdings ist es hier wie in vielen anderen Feldern auch: Linke Opposition wirkt. In einer ersten Meldung war zu lesen, dass das neue Personalkonzept der Landesregierung für die nächste Legislaturperiode mehr Neueinstellungen vorsieht als ursprünglich gedacht. Noch nicht so viel, wie wir wollen, aber immerhin. Danach gab es viele sehr widersprüchliche Meldungen zum Neueinstellungskorridor, aber man hat nun endlich die vorgesehene Zahl der Lehrerstellen um 3.500 angehoben, bezogen auf das Jahr 2020. Dabei sagten die Kollegen Bullerjahn und Haseloff, dass dafür jedoch andere Bereiche die gleiche Zahl von Stellen streichen müssten. Welche das aber sind und wie das gehen soll, damit möge sich dann bitte die nächste Landesregierung herumschlagen, dafür hätte man noch keine Lösung. Das ist uns natürlich klar, weil es dafür keine vernünftige Lösung gibt. Aber die Landesregierung will unbedingt an ihren gesetzten Abbauzielen und dem Erreichen von 19 Landesbediensteten pro 1.000 Einwohner festhalten.

An dieser Stelle wird übrigens klar, wie unberechtigt die Vorwürfe an unserer Partei sind, wir würden die finanzielle Situation des Landes ignorieren. Nehmen wir nur einmal die Forderung nach der Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten. Die steht nun bei der SPD auch im Wahlprogramm – Kosten für das Land rund 37 Mio. € pro Jahr.

An keiner Stelle steht in diesem Wahlprogramm, wo das Geld dafür herkommen soll. Kann es übrigens auch nicht, weil die finanziellen Rahmenbedingungen in der nächsten Legislaturperiode kaum so genau zu prognostizieren sind, dass man dafür verlässliche Aussagen machen kann. Ähnliches trifft auf die Aussagen zum Erhalt des Schulnetzes im CDU-Programm zu, was wiederum auf Grund der dafür notwendigen Lehrer gegenüber der bisherigen Finanzplanung auch erheblich mehr Geld kosten wird. Ihr glaubt doch wohl nicht, dass in den Wahlprogrammen von CDU und SPD ein Wort zur Finanzierung dieser Projekte steht? Deshalb geht der Vorwurf, wir würden die Dinge nicht finanzieren können, absolut ins Leere.

Wir unterscheiden uns allerdings in einer Frage. Wir können vor dem Hintergrund unsicherer Einnahmen nicht von vornherein garantieren, dass es in der nächsten Legislaturperiode keine Neuverschuldung geben wird, während SPD und CDU

genau diesen Eindruck vermitteln möchten. Nur können die das genauso wenig wie wir. Es sei denn, die SPD sagt z. B.: „Falls das Geld für die Ganztagsbetreuung nicht ausreicht, schaffen wir sie wieder ab.“ Das allerdings werden wir nicht sagen. Deshalb ist die Aufnahme solcher Aussagen von CDU und SPD in ihre Wahlprogramme purer Populismus. Sie versprechen die Umsetzung kostenintensiver Projekte, sie wissen, dass die Zahlungen von Bund und EU zurückgehen werden und wollen gleichzeitig garantieren, dass es keine Neuverschuldung gibt.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist der wirkliche Populismus, mit dem wir es im Wahlkampf zu tun haben werden. An der Stelle sind wir ehrlich, wenn wir sagen, auch wir werden alles tun, um Neuverschuldung zu begrenzen und auszuschließen. Aber wir werden diesbezüglich weder unhaltbare Versprechungen machen noch werden wir unabdingbar notwendige Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung unseres Landes zur Disposition stellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, zu den inhaltlichen Projekten für ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Land Sachsen-Anhalt gäbe es noch eine Menge zu sagen, und sicherlich kann auch das Landeswahlprogramm nicht zu allen wichtigen Fragen ausführliche Antworten geben. Aus diesem Grund hat die Fraktion eine Reihe inhaltlicher Konzepte erarbeitet, die der Öffentlichkeit seit einigen Wochen und noch bis zum Januar nächsten Jahres unter dem Titel „Sachsen-Anhalt – Konzept 2011“ vorgestellt werden. Insgesamt handelt es sich um acht verschiedene Themen. Ich bitte Euch heute dringend, vor Ort mit diesen Konzepten zu arbeiten, das Gespräch mit den Menschen in Euren Kreisen und Gemeinden zu suchen.

Denn es ist ungeheuer wichtig, die Menschen in diesem Land davon zu überzeugen, dass wir nicht nur Gutes wollen, sondern auch die Konzepte haben, um unsere Ziele zu erreichen. Natürlich sind wir als Landtagsabgeordnete gern bereit, zu entsprechenden Diskussionen vor Ort zu kommen und die Dinge vorzustellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die nächsten Monate werden die ganze Kraft des Landesverbandes voll beanspruchen. Aber ich bin fest davon überzeugt, dieser Wahlkampf wird auch Spaß machen, weil wir gezeigt haben, dass wir nach

inhaltlicher Diskussion und den im nächsten Monat erfolgenden personellen Entscheidungen als Partei geschlossen in Sachsen-Anhalt auftreten können.

Wir können erstmalig eine Landtagswahl in Sachsen-Anhalt gewinnen.

Wir können erstmalig deutlich machen, dass unsere Konzepte und Angebote wirklich mehrheitsfähig sind und dass wir dieses Land besser gestalten können als eine CDU-geführte Landesregierung.

Wir können damit ein wichtiges Signal gegen die schwarz-gelbe Politik aussenden und ein wichtiges Signal an die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Wir können in Sachsen-Anhalt und der Bundesrepublik mit dieser Wahl ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit, ein Stück mehr Zukunftssicherheit, ein Stück mehr Lebensperspektive für alle erreichen, und dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Ich verspreche Euch, diesem Ziel meine ganze Kraft zu widmen und hoffe, Euer Vertrauen in mich zu rechtfertigen. Lasst es uns gemeinsam angehen, lasst uns gemeinsam gewinnen.